

# Posener Zeitung.

Dreiundachtzigster Jahrgang.

Anzeigen-  
Annahme-Bureau.  
In Posn außer in der  
Expedition dieser Zeitung  
(Hilberstr. 17)  
bei H. Alrici & Co.  
Breitestraße 14,  
in Gosen bei Th. Spindler,  
in Gätz bei F. Streifand,  
in L. eritz bei Ph. Matthias.

Anzeigen-  
Annahme-Bureau.  
In Berlin, Breslau,  
Dresden, Frankfurt a. M.,  
Hamburg, Leipzig, München,  
Stettin, Stuttgart, Wien:  
bei G. L. Jaube & Co.,  
Haaftenstein & Vogler,  
Rudolph Mosse.  
In Berlin, Dresden, Götting  
beim „Invalidendank“.

Ar. 152.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4 1/2 Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 1/2 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Montag, 1. März.

Inserate 20 Pf. die sechsgepaltene Zeitspaltel ober deren Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die ausfallenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinend. Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

1880.

## Amtliches.

Berlin, 28. Februar. Der König hat geruht: den Landgerichts-Rath von Bielefeld zum Landgerichts-Direktor bei dem Landgericht in Stade, den Staatsanwalt Dassenpflug in Ratibor zum Amtsrichter in Bergen auf Rügen, den Gerichts-Assessor Dr. Kinteln Rassel zum Amtsrichter in Bochum, den Gerichts-Assessor Dr. Felsch in Proculus zum Amtsrichter, und den Gerichts-Assessor Dr. Caspar in Kottbus zum Amtsrichter zu ernennen; sowie dem Amtsgerichts-Sekretär Voelco in Rodenberg bei seiner Versetzung in den Ruhestand den Charakter als Kanzlei-Rath zu verleihen.

Den Oberlehrern Dr. Müller und Dr. Seidemann am Berlinischen Gymnasium zum grauen Kloster ist das Prädikat „Professor“ beigelegt worden.

Der Amtsrichter Berndt in Meseritz ist als Landrichter an das Landgericht daselbst versetzt. Die nachgesuchte Dienstentlassung ist ertheilt: dem Landgerichts-Rath Servatius in Saarbrücken mit Pension und dem Amtsrichter Sachs in Gammertingen behufs Uebertritts zur allgemeinen Staatsverwaltung. Der Landgerichts-Rath Schmidt in Berlin, der Landrichter Kramer in Duisburg, der Notar Lanfer in Gladbach, der Rechtsamwalt Bischoff in Sonneberg, der Rechtsamwalt Dr. Voigt und der Rechtsamwalt Dr. Ohlenschlager bei dem Ober-Landesgericht in Frankfurt a. M. sind gestorben. Der Staatsamwalt Müller in Thorn ist in gleicher Amtseigenschaft an das Landgericht in Tilsit versetzt. In die Liste der Rechtsanwälte sind eingetragen: der Rechtsamwalt Deahna bei dem Landgericht in Meiningen, der Gerichts-Assessor Dr. Wähler bei dem Landgericht in Kassel, der Gerichts-Assessor Wagner bei dem Landgericht in Graudenz, der Gerichts-Assessor Hömanns bei dem Landgericht in Hannover, der Oberappellationsgerichts-Sekretär S. D. Thiele in Celle bei dem Amtsgericht daselbst, der Gerichts-Assessor Dorn und der Gerichts-Assessor Neß bei dem Landgericht in Berlin I. Der Rechtsamwalt Dr. Walß in Frankfurt a. M. ist auf seinen Antrag in der Liste der Rechtsamwalte des Ober-Landesgerichts daselbst gelöscht.

## Politische Uebersicht.

Posen, 1. März.

Der Reichstag beginnt heute die erste Beratung über die wichtigste Aufgabe, welche ihm für die gegenwärtige Session gestellt ist, die Militärgesetz-Novelle. Mit begreiflicher Spannung sieht die Nation, ja sehen die politischen Beobachter in ganz Europa dieser Verhandlung entgegen. Ob sich die Generalabehatte die schließliche Entscheidung bereits mit Sicherheit vorhersehen lassen wird, vermag in diesem Augenblicke Niemand zu sagen; noch liegen von keiner Fraktion endgültige Entschliessungen vor. Aber unseres Erachtens giebt es kaum einen anderen Gesetzentwurf, dessen Schicksal sich aus der thatsächlichen Lage heraus mit solcher Wahrscheinlichkeit prognostizieren ließe, wie die Militärvorlage. Die wesentlichen Forderungen derselben lassen sich unter drei Gesichtspunkte fassen: unmittelbare Erhöhung der Kriegstüchtigkeit der Armee, Verstärkung der Friedenspräsenzstärke und Feststellung dieser Ziffer auf sieben Jahre. Hierzu bemerkt die „N. Z. C.“:

„Bei dem ersten Punkte handelt es sich darum, einerseits eine genügende Anzahl von Ersatzreserven zur sofortigen Ausgleichung der in den ersten Wochen eines Krieges entstehenden Verluste bereitzustellen, andererseits durch Verchiebung des Termins der Entlassung aus der Landwehr von der Herbst- auf die Frühjahrskontrollesammlung eine Einbuße der Feldarmee von etwa 100,000 Mann zu verhüten. Ueber diese Maßregeln sollte man eigentlich von vornherein die Uebereinstimmung aller Parteien, welche sich überhaupt auf den Boden des deutschen Staates stellen, annehmen dürfen. — Bezüglich des zweiten Punktes liegt die Sache insofern etwas anders, als die Vernehrung der Friedenspräsenzstärke auf die Kriegstüchtigkeit des Heeres erst nach mehreren Jahren wirken, also immerhin der Einwand erhoben werden kann, daß die augenblickliche kritische Lage Europas wenigstens für diese Maßregel nicht als zwingender Grund geltend gemacht werden könne. Sämmtlich wird aber die Mehrheit unserer Politiker sich der optimistischen Erwartung hingeben, daß die Weltlage sich für Deutschland in den nächsten Jahren wesentlich bessern werde. Das Gewicht der Gründe, welche die Regierung im Hinblick auf die militärische Nützung unserer Nachbarn für eine dauernde Verstärkung unserer Wehrkraft anführt, wird also auch nach dieser Seite hin von Niemandem verkannt werden dürfen. Die Frage ist nur, ob diese Verstärkung sich wirklich allein auf dem Wege einer Erhöhung der Friedenspräsenzstärke erreichen läßt. Würde z. B. statt der dreijährigen (oder zweijährigen) Dienstzeit die zweijährige eingeführt, so würde sich ohne Ueberschreitung der bisherigen Präsenzstärke und demgemäß ohne Vernehrung der bisherigen Last für die Gesamtheit eine entsprechend größere Anzahl von Mannschaften ausgebildet werden können. Die Kommission des Reichstages, an welche die Vorlage geht, wird diesen Punkt jedenfalls einer gründlichen Prüfung unterziehen müssen (gewiß, aber unseres Erachtens ohne praktische Bedeutung, denn wer wird die Verantwortung übernehmen wollen, bezügliche Erklärungen der technischen Autoritäten gegenüber eine quantitative Vernehrung mit qualitativer Verschlechterung zu erkaufen?“

Die Regierungsmotive ihrerseits halten die Verfürgung der Dienstzeit allerdings vorläufig nicht für möglich, lassen aber den Wunsch zu, daß in einer nicht zu fernem Zukunft auf die zweijährige Dienstzeit wohl eingegangen werden könnte. Da hat denn der Reichstag zu der erwähnten Prüfung allerdings dringendste Veranlassung. Endlich das sog. Septennat anlangt, so hat der Gedanke, daß es unmöglich sei, die Präsenzstärke und dadurch mittelbar die ganze Organisation der Armee der alljährlichen Beschlußfassung des Reichstages zu unterwerfen, im Reichstage unzweifelhaft die Majorität für sich. Andererseits ist die Regierung auf die Forderung der „eisernen“ Präsenzstärke, d. h. der Festlegung einer Minimalziffer für alle Zukunft, nicht zurückgekommen. Der Entwurf stellt sich auf den Boden des Compromisses, welches 1874 zwischen den Rücktritten auf die dauernde Vernehrung der Armee und denjenigen auf das Bewilligungsrecht der Reichsvertretung getroffen worden ist, indem er abermals eine Festsetzung auf sieben Jahre vor schlägt. Vom parlamentarischen Stand-

punkt aus muß naturgemäß eine kürzere Periode als erwünschter erscheinen, und ohne Zweifel wird diese Frage in der Kommission Gegenstand lebhafter Verhandlung werden. Eine prinzipielle Bedeutung aber kann derselben unseres Erachtens nicht beigemessen werden. — Lassen wir nach alledem die Stellung der verschiedenen Parteien des Reichstages ins Auge, so werden die beiden konservativen Fraktionen die Vorlage voraussichtlich ohne erhebliche Ausstellungen akzeptiren. Die Fortschrittspartei dagegen, zum mindesten in ihrer Majorität, wird ihr wenig günstig sein, und das Zentrum wird sie, in Konsequenz seiner früheren Haltung und wenn es eine Spaltung in seinen eigenen Reihen verhüten will, nur ablehnen können. Das Gleiche ist selbstverständlich von den Polen und den Sozialdemokraten zu erwarten. Die Entscheidung wird also bei der national-liberalen Partei liegen.“

Dies mag auch Platz finden, was die „Trib.“ über die Frage der Dienstzeit schreibt; die Gedanken sind nicht neu, aber sie verdienen Beachtung:

„Man stellt die Sache meist so dar, als wenn die zweijährige Dienstzeit eine Art von Gegenleistung der Militärbehörde für die Vernehrung des Präsenzstandes sei. Dem Laien scheint das in der Regel auch plausibel, so falsch diese Annahme in Wirklichkeit leider ist. Der Versuch mit der zweijährigen Dienstzeit ist in den ersten Jahren nach dem letzten Kriege aus finanziellen Gründen faktisch in unserer Armee gemacht worden, um die genügende Anzahl von Mannschaften auszubilden. Bewährt hat sich aber dieser Versuch nach der bestimmten Erklärung der Militärverwaltung nicht, und es sei als ein Glück zu bezeichnen“, meinte General v. Bogts-Nhees im Jahre 1874, daß während dieser Einrichtung Preußen einem Feinde nicht gegenüber gestellt worden sei. Eine Armee mit zweijähriger Dienstzeit, die einen Feldzug gemonnen, sei in neuerer Zeit nicht erhört. Aus den statistischen Angaben, die vor sechs Jahren gemacht wurden, ging hervor, daß wir der Kriegstärke nach erst die drittgrößte Armee in Europa haben. Wir hätten danach“, meinte General v. Bogts-Nhees, „unsere politische und geographische Lage in Betracht gezogen, volle Veranlassung, daran zu denken, daß unsere Armee durch ihre Tüchtigkeit ersehen muß, was ihr an Zahl gebracht.“ Dies sei aber nur zu erreichen bei einer längeren als zweijährigen Dienstzeit. Der Schluß daraus ergibt sich von selbst. Würde die dreijährige Dienstzeit verfürzt, so wäre die entsprechende numerische Verstärkung des stehenden Heeres eine unausweichliche Forderung der Militärbehörde. Nicht um Leistung und Gegenleistung also handelt es sich bei diesem Punkt, sondern um die Frage, welches von den zwei Opfern das leichter zu tragende sei.“

Die „Trib.“ verfährt nun auf die Auskunft, daß bereits die Jugenderziehung die Vorbereitung zum Militärdienste enthalten müsse. Bekanntlich ist dies mit den süddeutschen Jugendwehren früher versucht worden; die Sache hat indes ebenfalls ihre ersten Bedenken. Jedenfalls ist die Frage eine hochinteressante und von eminentem volkswirtschaftlicher Bedeutung.

Von dem Vorhandensein zweier Seelen im Zentrum zeugt wieder die Erörterung der ultramontanen Parteiblätter über die Stellung zu dem Antrag auf Prolongation des Sozialisten-Gesetzes. In der „Kölnischen Volkszeitung“ wird anscheinend aus parlamentarischen Kreisen ein Artikel veröffentlicht, welcher nachweisen sucht, daß das negative Votum des Parlaments vom Herbst 1878 keineswegs die Verweigerung der Verlängerung des Gesetzes zur Konsequenz habe. Die „Köln. Volksztg.“ und die „Germania“ dagegen stellen sich auch nicht auf den Standpunkt des Schreibens aus dem Zentrum; sie verlangen ein „allgemeines Rechtsgesetz“. So behält man sich denn beide Wege offen, je nachdem die Regierung auf dem kirchenpolitischen Gebiete Konzessionen macht oder nicht.

Der gegen Schluß der Landtagsession unter den Konservativen ausgebrochene Zwiespalt setzt sich wenigstens in der konservativen Presse munter fort. „Norddeutsche Allgemeine“, „Post“, „Kreuzzeitung“, „Reichsbote“ liegen sich gegenseitig mit einer Erbitterung in den Haaren, die für Unbeheiligkeit eines gewissen humoristischen Zuges nicht ermangelt. Die „Nordd. Allg.“ hält es wieder für angezeigt, die „Kreuzztg.“ an die Vera-Artikel des Herrn Perrot und die Deklarationszeit zu erinnern und den beiden Blättern von der strenger konservativen Observanz den Vorwurf zu machen, eine direkt gegen die Person des Reichskanzlers gerichtete Politik zu treiben. Wir wollen uns in den häuslichen Streit der Konservativen nicht weiter einlassen. Wenn aber das konservative Lager bei verschiedenen Gelegenheiten auf seine Stärke pocht und aus der Zahl seiner Mitglieder Ansprüche herleitet, wie noch jüngst bei der Präsidentenwahl, so sind doch solche Auseinandersetzungen zwischen den anerkannten publizistischen Organen einer und derselben konservativen Fraktion von charakteristischem Interesse. Die bunte Mannichfaltigkeit höchst disparater Elemente, die im Reichstag unter dem Namen der Deutschkonservativen zusammengefaßt werden, tritt bei diesen publizistischen Streitereien in eine grelle Beleuchtung.

Bei Gelegenheit der Berufung des Fürsten Hohenlohe in das auswärtige Amt wird, so schreibt die „N. Z.“, daran erinnert, daß Fürst Hohenlohe als bairischer Ministerpräsident eine hervorragende und durch die Ereignisse gerechtfertigte Stellung gegenüber dem vatikanischen Konzil vertrat. Da im auswärtigen Amt auch die Verhandlungen mit Rom, die einer Entscheidung ungemein nahe sein müssen, geführt werden, so ist vielleicht nach dieser Rücksicht die Berufung des Fürsten Hohenlohe nicht ohne Bedeutung.

Der evangelische Oberkirchenrath hat untern

22. v. M. die Frage, ob für die kirchlichen Urwahlen jedesmal neue Wählerlisten aufzustellen sind oder ob nur eine Berichtigung beziehungsweise Ergänzung der vorhandenen Listen stattzufinden hat, im letzteren Sinne entschieden. Die Kirchengemeindeordnung selbst enthalte über die vorliegende Frage keine ausdrückliche Bestimmung, die dazu ergangene Instruktion ergebe aber, daß den kirchlichen Neuwahlen die früheren Wählerlisten zu Grunde zu legen und diese Listen nach Maßgabe der inzwischen eingetretenen Änderungen zu berichtigen beziehungsweise durch Eintragung der bis zum Ablaufe der dafür angeetzten Frist eingegangenen neuen Anmeldungen zu ergänzen sind.

In Dresden sind in den letzten Tagen, wie der prager „Bohemia“ von dort geschrieben wird, bei den Mannschaften verschiedener militärischer Abtheilungen auf Anordnung ihrer Vorgesetzten unvermuthete und sehr sorgfältige Durchsuchungen vorgenommen worden, welche erweisen sollten, ob bei den Mannschaften irgendwie Schriften und Broschüren sozialdemokratischer Natur vorzufinden wären. Wir halten diesen Vorgang weit weniger für die Folgen irgend welcher Denunziation, als vielmehr herorgehoben durch die allererdenklichsten Manipulationen einiger Kolporteurs, solche sozialistische Broschüren in die Kasernen einzuschmuggeln. Die Nachsuchungen haben nichts ergeben. Ob ähnliche Durchsuchungen auch anderwärts stattgefunden haben, ist nicht bekannt, aber wahrscheinlich genug. Bemerkenswerth ist immerhin die Versicherung des Korrespondenten, daß die sozialdemokratische Sache in Dresden in letzter Zeit sehr in den Hintergrund getreten ist.

Die Budgetkommission des Reichstages beschäftigte sich in ihrer vorgestrigen Sitzung, welche erst gegen 1 Uhr Nachmittags begann, mit dem Etat der Post- und Telegraphenverwaltung. Die Einnahmen aus den Porto- und Telegraphengebühren wurden von der Kommission um 1 Million höher angelegt. Die Vertreter der Postverwaltung vermochten die Zulassung dieser Berechnung nicht zu widerlegen. — Eine lange Debatte verurachtete die Ausgaben im Extraordinarium. Die Forderungen, welche lediglich als Konsequenzen früherer Beschlüsse auftraten, (zweite u. s. w. Raten), wurden allerdings bewilligt, bezüglich der zum ersten Male erscheinenden Posten für Neubauten aber ging die Meinung der Kommission auf äußerste Einschränkung. Die Entscheidung darüber, welche Neubauten abgesetzt werden sollen, wurde der nächsten Sitzung vorbehalten.

Die Nachricht wiener Blätter, daß die deutschen Vorschläge bezüglich der Ordnung der Zoll- und Handelsverhältnisse lediglich eine Bildung der gegenseitigen Tarife für die Dauer von einer Reihe von Jahren in Aussicht nehmen, wird uns als irrig bezeichnet. Ein Eventualvorschlag geht allerdings dahin, es ist aber auch ein wirklicher Konventionaltarif in Anregung gebracht, bei dem nur gewisse Zölle, wie der agrarische, die Tuchzölle u. s. w. von der Verhandlung ausgeschlossen bleiben würden. Wir geben die Nachricht, deren Tragweite keiner Erläuterung bedarf, zunächst noch unter aller Reserve, wenn wir auch Ursache haben, die Quelle, aus der sie uns zukommt, für zuverlässig zu halten.

Die Frage der Auslieferung des russischen Unterthanen Hartmann bewegt zur Zeit die französische Presse aufs Heftigste. „Die Feinde des Ministeriums“, schreibt das radikale „Mot d'Ordre“, „messen Herrn Andrieux die Schuld bei, welchem sie bitter vorwerfen, seine hierarchische Pflicht vergessen und des politischen Tactes ermangelt zu haben, indem er mit Eifer einem fremden Botschafter gehorchte, ehe er dem Minister, von dem er abhängt, Bericht erstattete, und anscheinend sogar ohne den Präsidenten des Ministerrathes zu benachrichtigen, welchem er auf diese Weise sowohl vom Standpunkte der inneren Politik als auch vom diplomatischen sehr ernste Schwierigkeiten geschaffen hat.“ Der russische Botschafter vermeidet übrigens in dem von ihm übermittelten Auslieferungsgesuch, wie dasselbe Blatt hervorhebt, „geflissentlich, den Boden des gemeinen Rechtes zu verlassen.“ Dieses Gesuch lautet hiernach: „Hartmann (folgt das Signalement) russischer Unterthan, ist angeklagt, mittelst Dynamits einen Bagagenwagen in die Luft gesprengt zu haben, er ist ferner des Mordes und des Mordversuchs mit Vorbedacht schuldig.“ Das „Mot d'Ordre“ bemerkt hierzu:

„Dieser diplomatische Kunstgriff wird Niemanden täuschen. Wenn man selbst zugiebt, was bei Weitem noch nicht erwiesen ist, daß der in Kasas Verhaftete der Urheber des Moskauer Mordversuchs ist, so ist doch nicht augenscheinlich, daß, wenn Frankreich ihn den Gentern des Jaren auslieferte, er wie ein Königsmörder, nicht aber wie ein gemeiner Verbrecher gerichtet und verurtheilt werden würde?“

Inzwischen hat der Verteidiger des Hartmann, das ultraradikale Mitglied des Pariser Gemeinderaths, Engelhardt, nachdem er vergeblich von dem Polizeipräsidenten Andrieux die Zusendung der vorliegenden Akten erbeten hatte, ein gleiches Gesuch an den Justizminister Cazot gelangen lassen. Auch trat die äußerste Linke zu einer geheimen Sitzung zusammen, um über die weiter in dieser Angelegenheit zu ergreifenden Maßregeln Beschluß zu fassen. Andererseits konferirte auch der russische Botschafter von Neuem mit dem Konseilpräsidenten de Krepinet. Sämmtliche radikale Blätter veröffentlichen einen Brief Victor Hugo's an Jules Grevy, woselbst in der bekannten Manier für die Verweigerung der Auslieferung Hartmanns plaidirt wird.

Das vom Clémenceau geleitete radikale Organ „La Justice“ erzählt, eine Anzahl Kuffen habe Gambetta aufgesucht und denselben gebeten, seinen Einfluss aufzuwenden, um die Auslieferung zu verhindern. Gambetta habe geantwortet, er sei über die Angelegenheit nicht konsultirt worden und habe sich noch keine feste Meinung über die Frage gebildet. Man könne aber darauf zählen, daß die Regierung eine der Ehre Frankreichs angemessene Entscheidung treffen werde.

Die „Times“ bespricht die Ernennung des Grafen Boris-Melikoff zum Chef der Exekutiv-Kommission und schreibt, welches auch immer die Ursachen der politischen Unzufriedenheit in Rußland sein mögen, so habe doch ein Theil derselben eine Form angenommen, welche die Schranken der Zivilisation überschreite und unter allen Umständen erdrückt werden müsse. Das öffentliche und soziale Leben könnte unter solchen Bedrohungen durch einen geheimen, gewissenlosen Feind nicht weiter bestehen. Nicht nur der Kaiser, sondern die ganze Gesellschaft des Reichs erscheine untergraben und gefährdet. Es sei daher ganz am Platze, daß der Kaiser den Stier bei den Hörnern fasse und vor Allem auf die Ausbreitung der politischen Eiterbeule bedacht sei.

## Briefe und Zeitungsberichte.

**Berlin, 29. Februar.** [Fürst Hohenlohe.] Die Berufung des Fürsten Hohenlohe zur provisorischen Verwaltung des Staatssekretariats im auswärtigen Amte ist ohne Zweifel zunächst mit Rücksicht auf die Erfordernisse dieses jetzt doppelt wichtigen Postens erfolgt. Aber Fürst Bismarck hätte, indem zugleich angedeutet wird, daß dieses Provisorium sich als Vorstufe zur Ernennung Hohenlohe's zum Vizekanzler erweisen könnte, kaum geschickter der allgemeinen politischen Situation Ausdruck geben können. Fürst Hohenlohe war in Baiern Präsident eines liberalen Ministeriums, und es ist nicht zu bezweifeln, daß er sich nach wie vor zu liberalen Ueberzeugungen bekennt zugleich widmen die Klerikalen ihm eine ganz besondere Feindschaft, weil er zuerst unter allen damaligen Leitern europäischer Staatsregierungen auf die Gefährlichkeit des Unfehlbarkeitsdogmas aufmerksam machte; die Eventualität einer abermaligen Wendung unserer inneren Politik kann also Liberalen und Klerikalen kaum deutlicher vor Augen gestellt werden als durch die Ankündigung, Fürst Hohenlohe werde möglicherweise nach einigen Monaten die Stellvertretung des Kanzlers in der allgemeinen Leitung der Regierungsgeschäfte übernehmen. Andererseits aber behalten die Klerikalen, da es sich vorläufig nur um die provisorische Verwaltung des auswärtigen Amtes handelt und dieselben ebenso gut, wie mit Fürst Hohenlohe's Ernennung zum Vizekanzler, mit seiner Rückkehr in's pariser Botschafter-Hotel enden kann, die Hoffnung, die Wage zu ihren Gunsten sinken zu machen. Die Aufregung gerade in der Zentrums-Partei soll denn auch außerordentlich sein, und wenn die letztere auch im Ganzen das Geheimniß in ihren Fraktionsangelegenheiten besser zu wahren versteht, als manche andere Partei, so weiß man doch, daß tiefgehende Meinungsverschiedenheiten unter den Klerikalen herrschen, daß die konservativen und diplomatisierenden Führer zur möglichsten Nachgiebigkeit gegen die Regierung drängen, damit die Chancen, welche man seit einem Jahre gewonnen, nicht verloren gehen — während der vor allen Dingen partikularistische Flügel der Partei und die Demagogen in ihr nicht transigniren wollen. Aus dem erstwähnten Kreise war ein Artikel der Klerikalen „Röln. Volks-Ztg.“ hervorgegangen, der vor einigen Tagen ausführte, das Zentrum müsse der Verlängerung des Sozialistengesetzes zustimmen, da es weder etwas Besseres schnell an die Stelle desselben setzen, noch die Verantwortlichkeit für die Wiedereröffnung der sozialdemokratischen Agitation übernehmen könne. Ebenso wie in Betreff des Sozialistengesetzes, drängt auch hinsichtlich der Militärnovelle ein Theil der Zentrumsmitglieder zu gouvernementalem Verhalten. — Sollte Fürst Hohenlohe das Staatssekretariat des Auswärtigen später definitiv und alsdann auch die Stellvertretung des Kanzlers anstatt des Grafen Stolberg übernehmen, so würde in seinen Händen das letztere Amt jedenfalls größere Bedeutung erhalten, als unter dem jetzigen Inhaber — einmal vermöge der Persönlichkeit des Fürsten Hohenlohe, der ein Staatsmann, nicht bloß ein vornehmer Herr ist, und außerdem, weil er in einem wichtigen Ressort, dem der auswärtigen Angelegenheiten, — sicher sitzen würde, während ein Minister ohne Portefeuille, wie Graf Stolberg, bei uns ohne Einfluß und Rückhalt ist, zuweilen auf Monate für die öffentliche Meinung verschollen sein kann. Herr Camphausen hatte als „Vizekanzler“ festen Boden unter den Füßen, so lange er in seinem Finanz-Ressort Herr zu bleiben verstand. Ob der Reichskanzler einen solchen Stellvertreter will, ist freilich die Frage.

— Die deutsche Rechtschreibungsfrage, die durch das Vorgehen des k. preussischen und des k. bairischen Ministers des Unterrichtswezens eine akute geworden ist, berührt die Interessen des deutschen Buchhandels auf das Einschneidendste. Namentlich wurde die Befürchtung nahe gelegt, daß das vereinzelte Vorgehen Nachahmung finden und so an Stelle einer einheitlichen Regelung der deutschen Rechtschreibung vielmehr eine Auflösung des jetzigen Sprachgebiets in staatlich abgegrenzte orthographische Sprachgebiete treten könne; würden doch schon jetzt vom 1. April an drei abgegrenzte Gebiete bestehen, Preußen, Baiern, Württemberg, und die anderen deutschen Staaten, ein Zustand, der unter Anderem dahin führen würde, daß der Buchhandel die bisher in einer Orthographie gedruckten Schulbücher in mindestens drei, mit Berücksichtigung von Oesterreich und der Schweiz, vielleicht fünf Orthographien drucken lassen müßte. In Folge dessen hat es der Vorstand des deutschen Buchhändler-Vereins unternommen, zunächst vom preussischen Kultusministerium Aufklärung über dessen Absichten zu erbitten, in der Hoffnung, damit gleichzeitig die Basis für das Vorgehen zur Anbahnung einer einheit-

lichen Gestaltung der Rechtschreibung zu gewinnen. In dieser Annahme hat derselbe sich nicht getäuscht. Nach den ihm gewordenen Mittheilungen ist das Vorgehen des k. bairischen Unterrichtsministers im Einverständnis mit dem k. preussischen Ministerium erfolgt und eine nahezu einheitliche Regelung der Rechtschreibung für die Schulen beider Staaten erfolgt. Ueberdies wird der preussische Kultusminister durch Vermittelung des Reichskanzlers an die anderen Bundesregierungen Mittheilungen über die in Preußen einzuführende Schul-Orthographie richten und der Reichskanzler dem Wunsch Ausdruck geben, die verbündeten Regierungen möchten sich dem Vorgehen Preußens und Baierns anschließen. Seitens des Buchhändler-Vereins ist im selben Sinne eine Petition an die Bundesstaaten gerichtet worden, zugleich mit der Bitte, die obligatorische Einführung erst mit dem Schuljahre 1881—82 erfolgen zu lassen. Später wird auch an die österreichische und schweizerische Regierung die Bitte um Anschluß an die Bestrebungen der deutschen Regierungen gerichtet werden. Die Hoffnung erscheint wohl gerechtfertigt, daß die Einheit im deutschen Sprachgebiet erhalten bleibe. Die Lehrer des Großherzogthums Oldenburg haben sich bereits an die oberste Schulbehörde ihres Landes mit der Bitte gewandt, daß die vom preussischen Kultusminister vorgeschriebene Orthographie auch an den dortigen Schulen eingeführt werden möchte und ähnliche Bestrebungen werden aus Anhalt und einigen thüringischen Staaten gemeldet.

— Wie der „Röln. Z.“ aus Diederhosen mitgetheilt wird, wurde dort am 11. d. durch den städtischen Polizeiverwalter King ein angeblicher russischer Gesandter, Graf Edmund v. Kwiatkowski aus Kiew verhaftet, der unter verdächtigen Umständen sich seit zwei Tagen bei einem Freudenmädchen aufgehalten und jede Auskunft über seine Person unter Schutz eines geladenen sechs-läufigen Revolvers verweigert hatte. Bei der gewaltsamen Vorführung leistete er thätlichen Widerstand, auch machte er sich auf dem Transport einer groben Majestätsbeleidigung gegen den deutschen Kaiser schuldig. Nachdem verschiedene nach Rußland gesandte Depechen ohne genügenden Erfolg geblieben, hat der Polizeiverwalter nun durch Zeugen feststellen können, daß der Verhaftete erklärt hat, bei dem Moskauer Attentat auf den russischen Kaiser theilhaftig gewesen zu sein, und außerdem, sobald er wieder russischen Boden betreten würde, ein zweites Attentat gegen den Kaiser, der ihm dann nicht entgehen solle, unternehmen zu wollen. Die sofort eingeleitete gerichtliche Untersuchung wird wohl näheres Licht in die denn doch noch sehr dubiose Sache bringen.

— Nach Nachrichten aus Hamburg werden von verschiedenen Seiten Nachfragen und Verhandlungen wegen Verfrachtung der deutschen Ausstellungsgüter nach Melbourne gepflogen. Dem gegenüber weist der „Reichsanzeiger“ darauf hin, daß bisher eine Entscheidung über die Ueberführung dieser Güter von der zuständigen Reichsbehörde noch nicht getroffen und insbesondere keinem Unternehmer ein dahin gehender Auftrag erteilt ist.

— Prof. Dr. Girsch veröffentlicht Folgendes: Auf die in Nr. 50 des „Reichsanzeigers“ gegebene Notiz, der zufolge die hohe Reichsbehörde aus politischen Gründen Anstand genommen hat, den von der Rek-Kommission eingereichten Bericht als „amtliches Aktenstück“ zu behandeln, sehe ich mich, so peinlich es mir auch ist, in der leidigen Angelegenheit noch einmal das Wort zu nehmen, zu folgender Erklärung veranlaßt: Als ich dem hohen Reichskanzler den Kommissionsbericht zu überreichen die Ehre hatte, war ich mir dessen wohl bewußt, daß die deutsche Regierung gegen das russische Gouvernement Rückfichten zu nehmen hat, welche durch einzelne, wenige Notizen in unserem Berichte vielleicht hätten verlest werden können. Darausbin richtete ich auch, wie aus der aktenmäßigen Darstellung des Sachverlaufes in Nr. 50 des „Reichsanzeigers“ hervorgeht, am 13. Juni an die hohe Staatsbehörde die Bitte, mir, falls der Bericht veröffentlicht werden solle, denselben zurückzugeben, damit ich alles etwa Anstößige aus dem Wortlaute beseitige, wobei ich übrigens die Bemerkung nicht unterdrücken will, daß selbst das Wenige, das etwa als versäglich hätte geäußert werden können, sehr harmloser Natur war, da ich bei dieser, wie bei allen übrigen Gelegenheiten, bei welchen ich den Gegenstand öffentlich besprach, mehr bemüht gewesen bin, die russische Regierung gegen manche gegen dieselbe erhobenen Angriffe in Schutz zu nehmen, als Angriffe zu erheben. Der von mir auf hohe Verfügung amendirte Bericht bot dennoch an einzelnen Stellen Grund zu Bedenken; auch diese habe ich beseitigt und lieferte den Bericht in der Absicht zurück, auf Verlangen auch noch weitere Aenderungen vorzunehmen. Uebrigens durfte ich um so mehr annehmen, daß kein Hinderniß für eine amtliche Veröffentlichung des Briefes vorlag, als Seitens der hohen Behörde, wie aus der aktenmäßigen Darstellung des Sachverlaufes in Nr. 49 des „Reichsanzeigers“ hervorgeht, ein Abdruck desselben in den „offiziellen“ Veröffentlichungen des Reichsgeheimratsamtes in Aussicht genommen war und derselbe nur auf meine dringende Bitte aus den in der „aktenmäßigen Darstellung“ angeführten Gründen unterblieben ist. Die Bereitwilligkeit, alles, was die Spur eines aggressiven Charakters in dem Berichte tragen konnte, aus demselben zu beseitigen, habe ich durch mein Verhalten deutlich dokumentirt und der alsbald im Druck erscheinende Bericht wird den Beweis dafür geben. — Das Punctum saliens der ganzen Frage aber liegt, so weit dieselbe die von mir zuerst abgegebene Erklärung berührt, darin, daß der Kommission eröffnet wurde, „die Reichshauptkasse dürfte durch den Druck des Berichtes (einer Arbeit, für welche die Kommission Zeit, Gesundheit u. Leben eingesetzt hatte) nicht belastet werden.“

Prof. Dr. Girsch.  
— Auf die Eingabe mehrerer Spiritusfabrikanten hat der Bundesrath folgenden Beschluß gefaßt und die Geschickter danach beschieden: Das österreichisch-ungarische Branntweinsteuer-Gesetz vom 27. Juni 1878 hat den Steuerfuß von 10,7 auf 11 Kr. und die Ausbeute bei 24 Stunden Gährzeit für Kartoffeln und Mais von 3,5 auf 5 Prozent, für Melasse von 4,3 auf 6 und für Rüben von 3 auf 4 Prozent erhöht. Der Rückvergütungssatz beträgt gleich dem Steuerfuß 11 Kr. pro Hektolitergrad. Soweit auch hiernach noch eine thatsächliche Ausfuhrprämie bestehen sollte, wird die kaiserliche Regierung ihre Bemühungen darauf richten, die gänzliche Beseitigung des in Frage stehenden Mißstandes zu erreichen.

— Die Einnahmen der Post- und Telegraphen- sowie der Reichseisenbahn-Verwaltung haben für die Zeit vom Beginn des Etatsjahres bis zum Schlusse des Monats Januar 1880 (verglichen mit der Einnahme in demselben Zeitraum des Vorjahres) betragen: Post- und Telegraphen-Verwaltung 109,218,030 M. (+ 3,674,897 Mark), Reichseisenbahn-Verwaltung 30,674,700 Mark (— 86,581 Mark).

○ Petersburg, 26. Februar. [„Nowoje Wremja“ und „Norddeutsche Allgemeine Zeitung.“ Ver-

schleppung politischer Untersuchungen. Unzulänglichkeit der Passvorschriften. Die Diktatur. Verdächtiger Fund.] Die freiwillig-gouvernementale Berliner hat der deutschen Regierung durch ihre Behauptung, Kowno, Grodno und Bialystok würden stets der russischen Regierung in besetzte Waffenplätze umgewandelt, um hierdurch unter dem russischen Volke die Ansicht zu verbreiten, daß die deutsche Regierung Rußland bedrohe, einen wahren Väterdienst geleistet, wie sie auch dem deutschen Volke, oder doch zum mindesten ihren Lesern einen gewaltigen Bären aufgebunden hat. Das „Nowoje Wremja“ fertigt die Kollegin an der Spree in einer Weise ab, die mich nöthigt, Auszüge aus der Heineleuchtung in wortgetreuer Uebersetzung zu geben, um von der freiwillig-gouvernementalen Journalistik nicht etwa gar der Fälschung bezüchtigt zu werden. Nachdem das „Nowoje Wremja“ der Gedanken zurückgewiesen hat, daß nämlich Rußland sich zum Siege gegen Deutschland rüste (obgleich es wohl jedem Staate frei steht, im Innern zu thun und zu lassen, was ihm beliebt), sagt es, „daß erstens die Festungen, von denen in der deutschen Zeitung die Rede ist, gar nicht gebaut werden, daß zweitens noch kein Beispiel dafür vorliegt, daß in irgend einem Lande die Erbauung von Festungen, die Befestigung strategischer Punkte, die Ausrüstung von Monitoren und diesen ähnliche kriegerische Vorkehrungen, die beständig und überall ausgeführt werden, von der Regierung zur Aufregung des Volkes benutzt worden wären; das Volk lenkt hierauf gewöhnlich seine Aufmerksamkeit nicht, oder faßt es als allgemeine Maßregel für die Sicherheit des Staates auf.“ — Moskauer Blätter machen theilweise die Gerichte, theilweise auch die bestehenden Passverhältnisse für die sich mehrenden politischen Verbrechen verantwortlich. Verbrecher werden, nach ihrer Ansicht, nur durch eine schnelle Bestrafung vom Verbrechen zurückgeschreckt. Nun schleppen sich bei uns Untersuchungen gegen politische Verbrecher Jahre lang hin, so daß die Belastungszeugen, ja der Angeklagte selbst, die Sache zum mindesten aber viele wichtige Nebenumstände vergessen. Eine Folge hiervon ist, daß viele politische Verbrecher freigesprochen werden. In Odessa wurde der Prozeß gegen einen gewissen Gorinowitsch drei Jahre und vier Monate verschleppt; der Prozeß gegen Kowalski wegen des blutigen Straßenauflaufes in Odessa am 24. Juli 1878 wurde erst am 25. Juli 1879 entschieden. Dabei werden nicht einmal die Leiter, sondern lediglich die untergeordneten Vollstrecker ihrer Befehle von der Schwere des Gesetzes getroffen; die Deutschen, Stefanowitsch's, Buchanowski's, um so mehr aber ihre Vorgesetzten, gehen straflos aus. Durch das Passsystem wird lediglich den Nihilisten in die Hände gearbeitet. Derjenige, der keinen Pass hat, ist gewiß nicht an ihren Umtrieben theilhaftig; sie selbst aber haben immer Pässe, die, selbst wenn sie gefälscht, so gut sind, daß auch das geübteste Auge die Fälschung nicht zu erkennen vermag. Von den Tausenden bis jetzt ins Innere Rußlands und nach Sibirien deportirten Nihilisten sind die meisten nicht mehr am Orte ihrer Bestimmung; sie sind zurückgekehrt und befinden sich, mit guten wenngleich gefälschten Pässen versehen, in voller Thätigkeit. Einen positiven Vorschlag, wie dem Uebel abzuhelfen sei, machen die Moskauer Blätter nicht. Vielleicht wird der neue Diktator Rußlands, Graf Boris-Melikow, das Mittel finden, um die mit Pässen ausgestatteten Nihilisten unschädlich zu machen. Fürs erste ist man hier der Ansicht, er sei nur deshalb mit der neuen selbst in Rußland unerhörten Würde bekleidet worden, weil General Gurko in Ungnade gefallen ist, denn seine Pflicht wäre es gewesen dem Attentate vom 17. d. M. vorzubeugen. Wie? Da nach fragt bei uns kein Mensch, denn jeder weiß, daß es bei uns leicht ist, selbst aus Staatsmagazinen Sprengprojektile zu stehlen, ohne daß es die Vorgesetzten merken. Es wurden beispielsweise am 21. d. M. von 3. Polizeirevier drei Artilleriekommando sechs Sprengprojektil übergeben, welche von einem „großen Unbekannten“ in einem Waggon der hiesigen Pferdeeisenbahn zurückgelassen worden sind. Die Polizei räth sich, daß sie Anstrengungen mache, um diesen Unbekannten zu ermitteln und der Kommandeur der Artillerie, Generaladjutant Kostenko hat sofort Befehl gegeben, eine Revision der Vorräthe der Artillerie auszuführen, über welche die Aufsicht, wie Gremel beweisen, herzlich schlecht sein muß.

## Telegraphische Nachrichten.

**Kassel, 28. Februar.** Das hiesige Oberlandesgericht hat die fünf Lehrer der Realschule in Hagen, welche von dem Vater eines Abiturienten ein Geldgeschenk von 1000 Mk. angenommen haben und deshalb auf Grund des § 331 des Strafgesetzbuches in den beiden ersten Instanzen zu einer Geldstrafe von je 150 Mark verurtheilt worden waren, kostenlos freigesprochen, nachdem das Reichsgericht die Nichtigkeitsbeschwerde für begründet erachtet hatte.

**München, 29. Februar.** Der König hat gestern Abends den neuernannten päpstlichen Nuntius Roncetti zur Entgegennahme der Akkreditiv desselben in feierlicher Audienz empfangen.

**Augsburg, 28. Februar.** Die „Augsburger Allgemeine Zeitung“ veröffentlicht ein Handschreiben des Königs an den Kriegsminister, General von Maillinger, wodurch derselbe in den schmeichelhaftesten Ausdrücken zum Inhaber des 9. Infanterie-Regiments ernannt wird.

**Paris, 28. Februar.** Der „Temps“ glaubt, daß die An gelegenheit des verhafteten russischen Unterthanen Hartmann demnächst eine beide interessirten Länder befriedigende Lösung finden werde.

**Bern, 29. Februar.** Der Durchbruch des Gotthard-Tunnels ist heute Morgen Punkt 9 Uhr erfolgt.

**Wien, 27. Februar.** Meldung der „Polit. Korrespondenz“ aus Konstantinopel: Der griechische Kommissar Condouriotis hat den Empfang der zwei letzten türkischen Memoranden mit dem Bemerkten bestätigt, daß er dieselben seiner Regierung zur Beurtheilung unterbreitet habe. Jemand einen Zeitpunkt für den

berzusammentritt der griechisch-türkischen Kommission hat...  
 Serbiens in der Eisenbahnfrage, Maric, kehrt morgen...  
 Athen, 28. Febr. Die griechische Regierung hat in Folge...  
 Petersburg, 29. Februar. Großfürst Nicolaus Nicola-...  
 London, 28. Februar. Das Unterhaus hat heute den...

Verantwortlicher Redakteur: S. Bauer in Posen. —  
 Für den Inhalt der folgenden Mitteilungen und Inserate  
 übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

**Stettiner Waarenbericht.**

Stettin, 28. Februar. Im Waarenhandel haben wir in der...  
 Petroleum. Bei kleinen Schwankungen blieben die Preise...  
 Lagerbestand war am 19. Februar d. J. 5042 Brls.  
 Der Abzug vom 1. bis 26. Februar d. J. betrug 8698 Brl., gegen...  
 Die Lagerbestände loco und schwimmend waren in:

	1880	1879
Stettin am 27. Februar	Barrels	Barrels
am 19. "	5218	13,219
am 19. "	754,416	404,786
am 19. "	117,001	24,996
am 19. "	223,227	165,312
am 19. "	87,676	39,025
am 19. "	84,788	55,618
Zusammen	1,283,647	724,004

Paris, 28. Februar. In veröffentlichter Woche hatten wir vom Transito-Lager...  
 Die gestern erwähnte tiefe barometrische Depression ist schnell von...  
 Deutsche Seemarte.

**Wasserstand der Warthe.**  
 Posen, am 28. Februar Mittags 2,72 Meter.  
 29. " " " 2,78

**Telegraphische Börsenberichte.**

**Fonds-Course.**  
 Frankfurt a. M., 28. Februar. (Schluß-Course.) Feil.  
 Lond. Wechsel 20,465. Pariser do. 81,25. Wiener do. 172,30. R.-M.-...  
 \*) per medio resp. per ultimo.

stania 16—17 M. transito gef. Mit den Eisenbahnen wurden von...  
 Leinsamen. Anhaltend lebhaft Bedarfsfrage und der kleinere...  
 Steinkohlen. Die Läger von Englischen Kohlen sind sehr...  
 Meteorologische Beobachtungen zu Posen im Februar 1880.

Datum	Barometer auf 0 Gr. red. in mm 82 m Seehöhe.	Wind.	Wetter.	Temp. i. Cel. Grad.
28. Nachm. 2	739,0	W stark	bedeckt	+ 3,0
28. Abnds. 10	738,3	W stark	bedeckt	+ 4,1
29. Morgs. 6	742,8	SW lebhft	bedeckt	+ 1,5
29. Nachm. 2	741,6	SW stark	bedeckt	+ 7,9
29. Abnds. 10	744,8	W stark	bedeckt	+ 6,9
1. Morgs. 6	747,1	SW lebhft	bedeckt	+ 6,5

**Wetterbericht vom 29. Februar, 8 Uhr Morgens.**

Stationen.	Barom. a. 0 Gr. nachd. Meeresniv. red. in mm.	Wind.	Wetter.	Temp. i. Cel. Grad.
Aberdeen	739,1	W still	wolfig	5,0
Kopenhagen	739,3	W stark	frisch	2,8
Stockholm	732,1	W leicht	bedeckt	- 4,2
Daparanda	724,9	N leicht	wolfig	- 20,4
Petersburg	722,4	SE mäßig	bedeckt	- 1,9
Moskau	742,3	S leicht	bedeckt	- 6,0
Corf	752,8	W schwach	wolfig	8,9
Brest	759,2	W schwach	bedeckt	8,2
Gelder	748,9	SW mäßig	wolfig	5,4
Eult	742,4	WSW stark	Regen	4,5
Hamburg	747,1	WSW stark	bedeckt	4,5
Swinemünde	745,1	WSW stark	bedeckt	3,8
Neufahrwasser	745,0	WSW stark	bedeckt	2,3
Kemmel	740,3	W steif	Schnee	0,5
Paris	fehlt			
Krefeld	fehlt			
Karlsruhe	758,3	SW mäßig	bedeckt	6,0
Wiesbaden	756,7	WSW schwach	bedeckt	6,8
Raffel	752,6	SW schwach	wolfig	5,6
München	759,3	W frisch	wolfig	3,5
Leipzig	752,8	WSW mäßig	bedeckt	5,7
Berlin	749,3	WSW mäßig	wolfig	4,8
Wien	757,2	W frisch	wolfig	5,4
Breslau	753,0	SW mäßig	bedeckt	4,5

\*) Seegang leicht. \*) Regnerisch. \*) Böig. \*) Seegang mäßig. \*) Abends und Nachts Sturm. \*) See ruhig. \*) Gestern Regen. \*) Nachm. Regen und Schnee.

**Deutsche Seemarte.**

**Wasserstand der Warthe.**  
 Posen, am 28. Februar Mittags 2,72 Meter.  
 29. " " " 2,78

**Telegraphische Börsenberichte.**  
 Frankfurt a. M., 28. Februar. (Schluß-Course.) Feil.  
 Lond. Wechsel 20,465. Pariser do. 81,25. Wiener do. 172,30. R.-M.-...  
 \*) per medio resp. per ultimo.

Wien, 28. Februar. Abendbörse. Kreditaktien 301,10. Franzosen 274,00, Galizier 262,00, Anglo-Austr. 156,40, Lombarden 88,00, Papierrente 70,80, österr. Goldrente 85,30, ungar. Goldrente 100,85, Marknoten 58,00, Napoleons 9,42, 1864er Loose —, österr.-ungar. Bank —, Nordbahn —, Matt auf pariser Notierungen.  
 Paris, 28. Februar. Boulevard-Verkehr. 3proz. Rente —, Anleihe von 1872 115,85, Italiener 80,82, österr. Goldrente 73, ungar. Goldrente 86,67, Türken 10,55, Spanier ext. —, Egypter 285,62, Banque ottomane —, 1877er Russen 89, Lombarden —, Türkenloose 38,25, III. Orientanleihe 60,3.  
 London, 28. Februar. Consols 97, Italiener 5proz. Rente 80, Lombarden 7, 3proz. Lombarden alte 10, 3proz. do. neue —, 5proz. Russen de 1871 85, 5proz. Russen de 1872 84, 5proz. Russen de 1873 84, 5proz. Türken de 1865 10, 5proz. fundirte Amerikaner 105, Dörrer. Silberrente —, do. Papierrente —, ungar. Goldrente 86, Dörrer. Goldrente 73, Spanier 16, Egypter 56, Preuß. 4proz. Consols 98.  
 Aus der Bank fließen heute 30,000 Pfd. Sterl.  
 Florenz, 28. Februar. 5 pSt. Italiensche Rente 91,17, Gold 22,38.

**Produkten-Course.**  
 Weizen lofo fest, Termine sehr ruhig, per Frühjahr 14,40 Gd., 14,42 Br. Gaser per Frühjahr 7,62 Gd., 7,65 Br. Mais per Mai-Juni 9,02 Gd., 9,07 Br. Rohraps per August-September 13, — Wetter: Heiter.  
 Amsterdam, 28. Februar. Bancazinn 55.  
 Antwerpen, 28. Februar. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen pr. Novem-ber 304. Roggen pr. März 200, pr. Mai 204.  
 Antwerpen, 28. Februar. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen weichend. Roggen fest. Gaser behauptet. Gerste fest.  
 Köln, 28. Februar. (Getreidemarkt.) Weizen hiesiger loco 24,00, fremder loco 24,50, pr. März 23,70, pr. Mai 23,90, pr. Juli 23,65, Roggen loco 19,00, pr. März 17,80, pr. Mai 18,05, pr. Juli 17,95, Gaser loco 14,50, Rüböl loco 29,70, pr. Mai 29,40, pr. Oktober 30,50.  
 Bremen, 28. Febr. Petroleum fest. (Schlußbericht.) Stan-dard white lofo 7,40, pr. März 7,40, per April 7,60, per August-Dezember 8,25. Alles bezahlt.  
 Hamburg, 28. Februar. (Getreidemarkt.) Weizen lofo und auf Termine ruhig, Roggen lofo und auf Termine ruhig, Weizen per April-Mai 229 Br., 228 Gd., per Mai-Juni 230 Br., 229 Gd. Rog-gaser per April-Mai 166 Br., 165 Gd., per Mai-Juni 166 Br., 165 Gd. Gaser fest. Gerste still. Rüböl fest, lofo 57, per Mai 56, Spiritus ruhig, per Februar 51, pr. März-April 51 Br., per April-Mai 50, pr. Mai-Juni 50 Br. Raffee fest, Umsatz 3000 Sac. Petroleum ruh., Standard white lofo 7,30 Br., 7,20 Gd., per Februar 7,15 Gd., per März-April 7,30 Gd. — Wetter: Regnerisch.

**Marktpreise in Breslau am 28. Februar 1880.**

Festsetzungen der städtischen Deputation.	gute		mittlere		geringe Waare	
	Höchst. M. Pf.	Niedrigst. M. Pf.	Höchst. M. Pf.	Niedrigst. M. Pf.	Höchst. M. Pf.	Niedrigst. M. Pf.
Weizen, weißer	22 10	21 70	21 —	20 40	20 —	19 30
Weizen, gelber	21 50	21 30	20 80	20 40	20 —	19 20
Roggen, pro	17 40	17 20	17 —	16 80	16 60	16 40
Gerste, 100	17 20	16 60	15 90	15 30	14 90	14 40
Gaser, 100	15 20	15 —	14 80	14 60	14 40	14 20
Erbsen, Kilogr.	19 50	18 80	17 70	17 30	16 50	15 70

Pro 100 Kilogramm  
 Raps, schwacher Umsatz, rother nur feine Qualitäten mehr beachtet, per 50 Kgr. 35—39—46—50 Mt., weißer, ruhig, per 50 Kgr. 44—53—62—74 M. hochfeiner über Notiz bez.  
 Rapskuchen, unverändert, per 50 Kilogr. 6,50—6,70 M. fremde 6,10—6,30 Mt.  
 Leinfuchsen, in ruhiger Stimmung, per 50 Kilo 9,50—9,70 Mt.  
 Lupinen, nur feine Qualitäten beachtet, per 100 Kgr. gelbe 7,20 bis 8,00—8,40 Mt. blaue 7,10—8,00—8,30 Mt.  
 Thymothee, in besserer Stimmung, per 50 Kilgr. 18—22—25 Mt.  
 Bohnen, ohne Angebot, per 100 Kgr. 20,50—22,50—23,00 M.  
 Mais, gut behauptet per 100 Kgr. 14,60—15,00—15,60 Mt.  
 Weizen, unverändert per 100 Kilogr. 13,00—13,50—14,20 Mt.  
 Kartoffeln: per Sac (2 Neuschäffel a 75 Kgr. Brutto = 150 Pfd.) beste 3,00—3,50—4,50 M. geringere 2,50—3,00 M., per Neuschäffel (75 Pfd. Brutto) beste 1,50—1,75—2,25 M. geringere 1,25 bis 1,50 M. per 2 Str. 0,10—0,15 Mt.  
 Gerst: per 50 Kilogr. 2,50 bis 2,80 M.  
 Stroh: per Schoß 600 Kilogramm 19,00—22,00 M.  
 Mehl: ohne Aenderung per 100 Kilogr. Weizen fein 30,50—31,50 M. — Roggen fein 26,50 bis 27,50 M. Hausbacken 25,50 bis 26,50 M., Roggen = Futtermehl 10,90—11,80 M., Weizenkleie 10,20 bis 10,70 Mt.

**Breslau, 28. Februar. (Amtlicher Produkten-Börsen-Bericht.)**  
 Kleesaat, rothe, etwas mehr beachtet, ordinär 24—30, mittel 32—36, fein 40—44, hochfein 48—51.  
 Kleesaat, weiße behauptet ordinär 35—45, mittel 48—52, fein 55—65, hochfein 70—75.  
 Roggen: (per 2000 Pfd.) geschäftslos Gefündigt —, Zentner Abgelauene Kündigungsscheine —, per Februar per Februar-März 174,— Br. per März-April —, per April-Mai 176,— Br. per Mai-Juni 177,50 Br. per Juni-Juli 178,50 Br. per Juli-August 174,50 Br.  
 Weizen: per Februar 218 Br. per April-Mai 223 Br. per Mai-Juni —  
 Gaser: Gef. — Ctr. per Februar 149 Gd. per April-Mai 150,— Gd. per Mai-Juni 153,50 Br.  
 Raps: per Februar 235 Br. 232 Gd. per April-Mai 250 Br.  
 Rüböl: still, Gefündigt —, Zentner. Loko 55,50 Br. per Februar und per Februar-März 53,50 Br. per März-April —, per April-Mai 53,50 Br. per Mai-Juni 54,00 Br. per Juni-Juli 54,50 Br. per September-Oktober 56,75 Br. 56,50 Gd. per Oktober-November 57,25 Br. per November-Dezember 57,75 Br.  
 Petroleum: per 100 Kgr. lofo u. per Februar 29,50 Br.  
 Spiritus: geschäftslos, Geld. —, Liter Loko —, per Februar und per Februar-März 59,— Gd. per April-Mai 59,80 Gd., per Mai-Juni 60,50 Br. per Juni-Juli 61,30 Br. per Juli-August 62 Gd. per August-September 62 Gd.  
 Zink: unverändert.

**Die Börsenkommission.**

Antwerpen, 28. Februar. Petroleummarkt (Schlussbericht.) Raffinirtes, Type weiß, loco 18 1/2 bez. u. Br., per März — Br., per April — Br., per September 20 Br. Rubig.

Produkten-Börse.

Berlin, 28. Februar. Weizen per 1000 Kilo loco 200-240 Mark nach Qualität gefordert, gelber Märkischer — Mt. ab Bahn bez., per Februar — bez., per April-Mai 229-230 bez., per Mai-Juni 229-230 bez., per Juni-Juli 229-230 bez., per Juli-August 219-219 1/2 bez., per September-Oktober 213 bis 214 bez., Gefündigt — Zentner, Regulirungspreis — Mt.

Böhmischer 153-156 bez., Galizischer — bez., per Februar — Mt., per April-Mai 149 1/2 bez., Mai-Juni 151-150 1/2 bez., per Juni-Juli 153 Mt., Juli-August 154 Mt. Gefündigt — Ztr. Regulirungspreis — bez., Erbsen per 1000 Kilo Rogwaare 168-205 Mt., Futterwaare 155 bis 166 Mt. — Mais per 1000 Kilo loco 145-150 bez. nach Qualität.

Stettin, 28. Februar. (An der Börse.) Wetter: Schön und Regen. + 2 Grad R. Barometer 27,9. Wind: SW. Weizen unverändert, per 1000 Kilo loco gelber 215-225 Mt., weißer 215 bis 226 Mt., per Frühjahr 225,5-226,5 Mt. bez., per Mai-Juni 226 Mt. bez., per Juni-Juli 227 Mt. bez., per September-Oktober 213,5 Mt. bez.

Berlin, 28. Februar. Das gestrige Nachgeschäft hatte schwach geschlossen; die Abendbörsen meldeten aber bereits eine Erholung, welcher sich die Wiener Vorbörse und auch der hiesige Verkehr heute anschließen.

Im Anschluss an diese wohl mit Vorsicht aufzunehmenden Mittheilungen hoben sich die Aktien der Laurahütte und im Anschluss daran auch die Stamm-Prioritäten der Dortmunder Union gegen den niedrigsten gestrigen Kurs um 4 Prozent.

Fremde Renten besser, ungarische Goldrente 1 Prozent höher, Bankaktien behauptet, Bergwerkspapiere belebt. Anlagemeister blieben fast ganz geschäftlos und unverändert.

Fonds- u. Aktien-Börse.

Table with columns for bond types (e.g., Consol. Anleihe, Staats-Anleihe) and their prices. Includes sub-sections for Prussian and Saxon bonds.

Table titled 'Romm. P.-B. L. 120/5' listing various bonds and their values.

Ausländische Fonds.

Table listing foreign bonds from various countries like America, Norway, and Italy.

Wechsel-Course.

Table showing exchange rates for various locations like Amsterdam, London, and Paris.

Bank- u. Kredit-Aktien.

Table listing bank and credit stocks from various regions like Baden, Prussia, and Saxony.

Industrie-Aktien.

Table listing industrial stocks from sectors like brewing, paper, and iron.

Eisenbahn-Stamm-Aktien.

Table listing railway stocks, including mainline and branch lines from various regions.

Rechte Oberuf. Bahn.

Small table listing specific railway stocks like Rechten Oberuf. Bahn.

Eisenbahn-Prioritäten-Obligationen.

Table listing railway preference obligations from various lines and regions.

Ausländische Prioritäten.

Table listing foreign preference obligations from various countries.